

Bemerkungen zu einigen lichten und einigen dunkeln Konstellationen in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

von Thomas Huonker (1954, Mitglied der SPS seit 1971), verfasst im Sommer 2012*

Die SPS ist ein Gründungszusammenschluss verschiedener Gruppen, wobei vor allem der Grütliverein lange auch organisatorisch eine gewisse Eigenständigkeit behielt und sich von 1918 bis 1925 (teilweise unter dem Namen Sozialdemokratische Volkspartei) vorübergehend wieder von der SPS trennte, bis zur Selbstauflösung und zum definitiven Eintritt in die SPS 1925. Kennzeichnend für die SPS ist ihr Engagement für Demokratie nach dem Proporzprinzip unter Einschluss bisher Ausgeschlossener, insbesondere der Frauen, sowie von Bereichen, aus denen die Demokratie ausgeschlossen ist, insbesondere der Wirtschaftsbetriebe, letzteres durch Forderungen von der Verstaatlichung über die Förderung des Genossenschaftswesens bis zur Propagierung der betrieblichen Mitbestimmung durch die Mitarbeitenden gegenüber den aus Besitzrechten und Profitstreben abgeleiteten Leitungsformen. Bis 1936 war die SPS, auch wegen der mangelnden demokratischen Struktur der Armee, mehrheitlich auf pazifistischen Positionen, wobei auch seitdem ein pazifistischer Flügel in der SPS verblieben ist, der in den 1950er bis 1970er Jahren vor allem für Abrüstung und gegen atomare Bewaffnung der Schweiz kämpfte und in den 1980er Jahren an der Gründung der GSOA (Gruppe Schweiz ohne Armee) mitwirkte. Immer wieder hatte und hat die SPS auch anarchistisch und sozialliberal, ja sogar neoliberal Argumentierende in ihren Reihen, die jedoch selten richtungweisenden Einfluss bekamen. Zur Geschichte der SPS gehört das Zusammengehen mit den Gewerkschaften, die sie gelegentlich ganz für sich zu vereinnahmen versuchte, und in neuerer Zeit, etwa seit den 1980er Jahren, mit der Umweltbewegung, zu deren politischer Leitpartei sie jedoch nie wurde; diese Rolle haben die Grünen. Die Grüne Partei der Schweiz steht seit ihrer Entstehung in den meisten Fragen in einer verlässlichen politischen Partnerschaft mit der SPS, wobei die Grünen – insbesondere seit der Abspaltung der Grünliberalen – oft etwas radikalere und linkere Positionen vertreten als die Mehrheit der SPS. Gerade weil die Grünen, im Unterschied zu KPS und PdA, keine linke Abspaltung ehemaliger SP-Mitglieder sind, ist die Kooperation, auch in Regierungsgremien, leichter, trotz anfänglicher scharfer Abgrenzungskämpfe vor allem seitens des rechten Parteiflügels der SPS.

Rechtsorientierte Abspaltungen von der SP konnten sich weder in den 1920er noch in den 1980er Jahren wirklich etablieren und versanken binnen weniger Jahre in Bedeutungslosigkeit oder kehrten in die SPS zurück.

Die (nach einer seit 1918 bestehenden Vorläuferorganisation) erst 1921 gegründete Kommunistische Partei der Schweiz (KPS) war die Reaktion auf die Urabstimmung, in welcher die Mehrheit der Mitglieder der SPS den Beitritt zur Dritten Internationale verweigerte, welchen wesentliche Kräfte der Parteiführung eigentlich angestrebt hatten. Trotz programmatischer Gemeinsamkeiten – die SPS hielt zumindest im Parteiprogramm von 1904 bis 1936 an Zielen fest wie der Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus und der Errichtung einer Herrschaft des Proletariats – war der Kampf der beiden verfeindeten Linksparteien scharf, bis hin zu bewaffnetem Vorgehen durch Repräsentanten der SP gegen Anhänger der KP. Dieser Konfliktpunkt wird im folgenden als einer der dunklen Punkte in der Geschichte der Schweizer Sozialdemokratie genauer behandelt.

Der Sozialismus, insbesondere auch derjenige der marxistischen Richtung, welcher ab 1904 bis in die 1930er Jahre für die SP zumindest programmatisch wegleitend blieb, verstand sich als eine wissenschaftlich begründete politische Bewegung. Unter anderem deshalb blieb der religiöse Sozialismus eine eigenständige Richtung teils innerhalb, teils links der SPS. Die verbreitetsten wissenschaftlichen Auffassungen in Parteizirkeln der SPS waren materialistisch und darwinistisch geprägt, obwohl es auch Vertreter einer kantianisch-idealistischen Ethik

gab. Dass einige Exponenten der SPS sowohl theoretisch wie praktisch sozialdarwinistische, „eugenische“ respektive „rassenhygienisch“ Positionen vertraten, ist der zweite dunkle Punkt der SP-Geschichte, der hier näher beleuchtet werden soll. Er steht in einem gewissen Zusammenhang mit jenen gouvernementalen Aspekten des so genannten „Gemeindesozialismus“, die von Kritikern auch als „Armenpflegersozialismus“ bezeichnet wurden. Damit ist eine Fortsetzung, ja der Ausbau jener bürgerlichen Fürsorgepolitik gemeint, welche einen Teil der Armen als „Vaganten“, „Liederliche“, „Verwahrloste“, „Haltlose“, „Grossstadtgesindel“ und „Lumpenproletariat“ ausgrenzte und diffamierte. Diese ausgrenzenden Haltungen standen auch im Einklang mit einer gewissen Kleinbürgerlichkeit im Lebensstil mancher Sozialdemokraten. Sie waren auch die vorherrschenden Einstellungen in ganzen Bereichen des Fürsorge- und Gesundheitswesens, wo sich von links her kommende Pioniere und Pionierinnen des Sozialbereichs mit den bürgerlichen Leitfiguren dieses Bereichs zusammentaten. Die von diesen Haltungen Ausgegrenzten: Ledige Mütter, uneheliche Kinder, Verding- und Heimkinder, Insassen von Zwangsarbeitsanstalten und Arbeitskolonien, psychisch Kranke und als solche diagnostizierte künstlerische oder kritische Aussenseiter, Fahrende, später Kinder ausländischer Arbeitskräfte, „Halbstarke“ und andere Vorläufer autonomer Jugendkulturen, standen somit oft auch Vertretern des gegen sie aufgebauten Repressions- und Disziplinierungsapparats mit sozialdemokratischem Parteibuch oder Hintergrund gegenüber.

Das Vorgehen der Stadtpolizei des „Roten Zürich“ in der „Blutnacht von Zürich“ (15. Juni 1932) und die Haltungen dazu innerhalb der SPS

Dr. iur. Albert Wiesendanger (1893-1989), war von 1923 bis 1928 Hausjurist bzw. Prozessvertreter des städtischen Fürsorgeamtes, vorher war er Geschäftsleiter des städtischen Mietamtes. 1928 wurde er Kommandant der Stadtpolizei, was er bis 1958 blieb. 1934 trat Wiesendanger aus der SP aus. Eine Wahl in den Stadtrat (Exekutive) schaffte Wiesendanger 1939 nicht, er war dazu als Kandidat des Landesrings der Unabhängigen angetreten. Wiesendangers Vorgänger Otto Heusser war von der 1928 an die Macht gekommene sozialdemokratischen Mehrheit im Zürcher Stadtrat entlassen worden, weil er sich mit seiner prononciert bürgerlichen Haltung und mit repressivem Vorgehen gegen die Linke profiliert hatte. Es sollte sich aber zeigen, dass der Höhepunkt polizeilicher Repression in Zürich erst unter dem als Wunschkandidat des „Roten Zürich“ gewählten Nachfolgers von Otto Heusser, Albert Wiesendanger, kommen sollte. Dieser traurige Kulminationspunkt war die „Zürcher Blutnacht“ des 15. Juni 1932.

Welche politische Konstellation lag diesem Geschehen zu Grunde? Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1930er Jahre gab es in Zürich eine lebhafte Tradition von Streiks in praktisch allen Branchen. Obwohl Streiks an sich legal waren, wurden angebliche Übergriffe der Streikenden und der Streikleitungen, z.B. aktive Behinderungen von Streikenden und allzu militante Solidaritätsdemonstrationen, immer wieder durch harte Einsätze der Polizei und auch des Militärs geahndet respektive verhindert. Dies brachte die Vertreter der SP und der Gewerkschaften in der städtischen Exekutive in ein Dilemma, insbesondere wenn sie das Polizeidepartement innehatten, wie etwa der erste Sozialdemokrat im Zürcher Stadtrat, Jakob Vogelsanger (1849-1923), in den ersten Amtsjahren nach seiner Wahl 1893. Allerdings konnten Vogelsanger und seine Nachfolger lange darauf verweisen, dass sie ja nur eine Minderheitsposition in einem bürgerlich dominierten Gremium einnahmen.

Die Einsätze von Schusswaffen gegen Arbeiter sind traumatische Elemente der Geschichte der Arbeiterbewegung. Der bekannteste, aber bei weitem nicht der einzige Einsatz von Militär gegen Streikende war das Aufgebot im Vorfeld und während des landesweiten Generalstreiks im November 1918. In Grenchen erschoss das Militär am 14. November 1918 drei streikende Uhrenarbeiter, der jüngste von ihnen war 17jährig.

3 Tote und rund 100 Verletzten wurden am 9. November 1932 in Genf Opfer einer Militärformation. Es waren Rekruten, die auf Befehl ihres Offiziers in einen antifaschistischen Demonstrationszug der Genfer Linken schossen. Die Demonstration wurde vom Genfer SP-Politiker Léon Nicole angeführt.

Zutreffend schreiben Marco Tackenberg und Dominik Wisler in ihrem Aufsatz "Die Massaker von 1932: Protest, Diskurs und Öffentlichkeit" (Swiss Political Science Review 4(2)/1998, S.51-79):

„Im Juni des Jahres 1932 kam es auch in Zürich zu einem ähnlichen Ereignis, als das ‚Rote Zürich‘ eine Polizeiintervention gegen streikende Monteure befahl, wobei ein Arbeiter getötet und 30 Demonstrantinnen und Demonstranten schwer verletzt wurden. Während der Armeeeinsatz in Genf zu zahlreichen Studien Anlass gab, ein Denkmal erstellt wurde und bis auf den heutigen Tag eine historische Referenz darstellt, vermochte sich der 15. Juni 1932 nicht im öffentlichen Gedächtnis zu halten.“

Es gibt aber durchaus historische Quellen dazu, nämlich Akten und Zeitungsberichte, einen historischen Roman des Schweizer Schriftstellers Erwin Heimann, selber ursprünglich Mechaniker und Heizungsmonteure von Beruf („Die Hetze“, Bern 1937) sowie die historischen Arbeiten von Josef Wandeler, Steffen Lindig und Rebekka Wyler. (Josef Wandeler: Die KPS und die Wirtschaftskämpfe 1930-1933. Bauarbeiterstreik Basel, Schuharbeiterstreik Brütisellen, Heizungsmonteurenstreik Zürich, Sanitärmonateurenstreik Zürich, Zürich 1978; Steffen Lindig: „Der Entscheid fällt an den Urnen“. Sozialdemokratie und Arbeiter im Roten Zürich 1928-1938, Zürich 1979; Rebekka Wyler: „Ein Chefmonteur streikt doch nicht wie ein gewöhnlicher Prolet.“ Der Streik der Zürcher Heizungsmonteure im Sommer 1932 als Arbeitskampf einer gespaltenen Gruppe von Arbeitern, Lizentiat Universität Zürich 2005). Die ersten beiden Arbeiten sind aus einer Position links der Sozialdemokratie geschrieben, wogegen Rebekka Wyler seit 2006 eine wichtige Vertreterin der SP-Fraktion im Zürcher Gemeinderat (Legislative) ist.

Während die Mehrheit im Zürcher Gemeinderat erstmals 1925 bei der Linken lag, allerdings nur, wenn Grütlianer, Sozialdemokraten und Kommunisten sich einig waren, gewann die Sozialdemokratie in Zürich 1931 die absolute Mehrheit im Gemeinderat. Sie war nun nicht mehr auf die Kommunisten angewiesen, und die Grütlianer hatten sich inzwischen aufgelöst. Die Kommunisten bildeten somit im Roten Zürich die Opposition von links, die Bürgerlichen die Opposition von rechts. Alle Gruppen verfügten über Zeitungen: Die Zürcher SP hatte das „Volksrecht“, der bürgerlichen Opposition dienten sogar mehrere Zeitungen, federführend war die FDP-nahe „Neue Zürcher Zeitung“. Die kleinste Zeitung war die der KP und hiess „Kämpfer“. Die Artikel in diesen Blättern gehören zu den historischen Hauptquellen dieser Zeit und bezeugen die gegensätzlichen Positionen.

Die Gewerkschaften waren mehrheitlich von SP-Vertretern dominiert, vor allem in den oberen Gremien, doch die KPS war ab 1928 im Einklang mit der Dritten Internationalen auf der Linie der Gründung eigenständiger Gewerkschaftsgruppierungen unter dem Titel RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) gewerkschaftlich auch sehr aktiv. Die Differenzen dieser beiden gewerkschaftlichen Linien traten beim Streik der Zürcher Heizungsmonteure 1932 besonders klar hervor.

Wegen einer beharrlichen Austeritäts- und Sparpolitik der herrschenden bürgerlichen Kreise war die Schweiz von der Wirtschaftskrise, ausgelöst von den Aktienkursstürzen am „Schwarzen Freitag“ (25. Oktober 1929), besonders hart und lange betroffen. Die Folgen waren Arbeitslosigkeit, Lohnsparrunden und Deflation bis hin zur Abwertung des Schweizer Frankens um 30 Prozent am 26. September 1936.

Die Gewerkschaftsleitung des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbands (SMUV), angeführt von ihrem Präsidenten Konrad Ilg, hatte 1931 in einen Landesvertrag eingewilligt, der für die Heizungsmonteure einen Lohnabbau von 5 Prozent vorsah. Die Arbeitnehmer argumentierten, es seien auch die Lebensmittelpreise gesunken. Die SMUV-Funktionäre

bekräftigten 1932 diese Abmachung und informierten auch die Zürcher Gruppe der Heizungsmonteur darüber: Es stehe „nur zur Diskussion ein 5-Prozent-Lohnabbau oder dann die Anrufung des Schiedsgerichts. K. Ilg führte aus, dass die Industriellen laut Landesvertrag das Recht hätten auf einen Lohnabbau, und ein Schiedsgericht zum gleichen Urteil käme. Ein Streik käme hier nicht in Frage.“ (Wyler, S.35)

Die Mehrheit der Zürcher Sektion der Heizungsmonteur wollte aber den Lohnabbau nicht akzeptieren und beschloss einen Streik mit dem Ziel des Lohnerhalts. Die Streikwilligen waren teilweise unorganisiert, teilweise im SMUV, teilweise in der Firmen-Arbeiterorganisation der Sulzer AG, teilweise in einer kommunistischen Gewerkschaftsgruppe organisiert. Alle diese Gruppen hatten ihre Vertreter in der 27köpfigen Streikleitung. Neben 4 Sozialdemokraten waren darin auch 3 Kommunisten vertreten. (Lindig, S.176). Die Kommunisten spielten aber dadurch eine wichtige Rolle, dass der SMUV dem wilden Streik die Unterstützung aus der Gewerkschaftskasse versagte, sodass sie von der Solidaritätsarbeit und der finanziellen Unterstützung durch kommunistische Organisationen wie die Rote Hilfe abhängig waren. Obwohl durchaus nicht alle streikenden Heizungsmonteur Kommunisten waren, diffamierte die Zürcher SMUV-Leitung den Streik, der sich ja nicht nur gegen die Arbeitgeber, sondern auch gegen den SMUV als Vertragspartner des den Lohnabbau festschreibenden Landesvertrags richtete, als „wildes kommunistisches Abenteuer“. (Wandeler, S.114)

Die Streikleitung hatte sich im Restaurant „Sonne“ an der Langstrasse eingerichtet, dort gab es auch eine Streikküche für die Streikenden und ihre Angehörigen. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, welche Streikbrecher beschützen wollte, und der Streik wurde von Demonstrationen begleitet.

Am Mittwoch, den 15. Juni 1932, versammelte sich abends eine grosse Menschenmenge auf dem Helvetiaplatz. Die zeitgenössischen Schätzungen liegen zwischen 1000 und 4000 Personen. Am Vortag hatte der Stadtrat die Demonstrationsbewilligung verweigert. Unter Protest sagte im Lauf des Mittwochs auch die Streikleitung mittels Flugblättern die Demonstration ab. Dennoch versammelten sich Demonstranten und Zuschauer. Die von Polizeichef Wiesendanger nach deutschem Vorbild übernommene Taktik, Polizeitrupps in Lastwagen an die Demonstranten heranzutransportieren, worauf die Ordnungskräfte absprangen und auf die Demonstranten mit Säbeln und Knüppeln einprügelten, wurde von den Demonstranten mit Pflastersteinwürfen beantwortet. Ungeschickterweise drängte die Polizei die Demonstranten vom Helvetiaplatz direkt vor das Restaurant Sonne. Dort waren wegen einer nahegelegenen Baustelle viele Pflastersteine aufgeschichtet. Die Situation eskalierte. Die Polizisten waren auch mit Gewehren und scharfer Munition ausgerüstet. Sie schossen teils in die Luft, teils in die Menge der Demonstrierenden. 30 Personen wurden teilweise schwer verletzt, darunter ein 7jähriges Kind, das an einem Fenster des Restaurants Sonne stand. Ein Demonstrant kam ums Leben. Durch die Steinwürfe wurden auch 3 Polizisten verletzt.

In der Folge erlaubte der sozialdemokratisch dominierte Stadtrat unter Stadtpräsident Ernst Klöti dem Polizeikommandanten Wiesendanger und seinem Korps, weitere 350 Gewehre (mit Stichbajonetten) und sogar leichte Maschinengewehre aus Militärbeständen zu behändigen. Letztere kamen aber glücklicherweise nicht zum Einsatz.

Am Donnerstag, den 16. Juni, bei nach wie vor geltendem Demonstrationsverbot, versammelte sich wiederum eine grosse Zahl Protestierender auf dem Helvetiaplatz. Doch waren der Stadtrat und der Polizeikommandant nunmehr so klug, das Demonstrationsverbot nicht mehr polizeilich und mittels Schusswaffengebrauch durchzusetzen, wodurch sie eine Fortsetzung der blutigen Gewalt vermieden.

In den folgenden Tagen wurde jedoch die gesamte Streikleitung verhaftet.

Am 5. Juli 1932 mussten die Streikenden wegen Geldmangel den Arbeitskampf verloren geben und den Lohnabbau von 5 Prozent akzeptieren. Einige aktive Streikende wurden ein

Jahr später wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung (sie hatten von Streikbrechern montierte Heizkörper zerstört) zu insgesamt 180 Tagen Haft verurteilt. (Lindig, S.197)
Die Streikenden und die Demonstrierenden waren von Polizeikommandant Wiesendanger übel diffamiert worden: Sie seien „Anhänger des Strassenräubertums“, denn es sei am Rande der Demonstration zur Plünderung von Geschäften gekommen, was die Streikleitung bestritt, und sie würden durch ein „geheimes Revolutionsnest“ kommunistischer Propagandisten eines bewaffneten Umsturzes angeführt. Als „Beweis“ präsentierte der Polizeikommandant zwei im Restaurant Sonne beschlagnahmte alte Gewehre, wobei es sich allerdings um schiessuntaugliche Theaterrequisiten handelte. (Wandeler, S.130, S.132)

Der Präsident der Gewerkschaft SMUV, Konrad Ilg (1877-1954), als Pflege- und Verdingkind aufgewachsen, war in jungen Jahren selber Streikführer gewesen, so etwa beim Berner Bauarbeiterstreik 1908 und als Vizepräsident des Oltener Komitees im Landesstreik 1918. Seine Attacken gegen den Streik der Zürcher Heizungsmonteur und seine Linie des „Arbeitsfriedens“ in der Metall- und Uhrenindustrie mit dem „Friedensabkommen“ vom 19. Juli 1937 prägten in der Folge bis in die 1960er-Jahre den Kurs der SPS, deren Vizepräsident er von 1928 bis 1936 war, sowie die Linie schweizerischen Gewerkschaften. Der Chef des SMUV und langjährige SP-Nationalrat erhielt 1942 von der Universität Bern einen Dr. honoris causa und viel öffentliche Anerkennung. (Siehe Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband: Festgabe für Nationalrat Dr. h.c. Konrad Ilg zum 70. Geburtstag am 25. Januar 1947, Bern 1947; Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband: Konrad Ilg zu Ehren, Bern 1954).

Weniger bekannt ist Ilgs Engagement, zusammen mit anderen führenden Sozialdemokraten und Gewerkschaftern wie dem langjährigen Präsidenten der SPS von 1936 bis 1952, Hans Oprecht, bei der Finanzierung der Zeitschrift „Die Nation“, die von 1933 bis 1952 erschien; diese Zeitschrift unter ihrem Chefredaktor Peter Surava und mit Mitarbeitern wie dem Fotografen Paul Senn und dem Anstaltskritiker Carl Albert Loosli thematisierte vieles, was sonst ausgeblendet wurde, insbesondere die prekäre Lage von Heimkindern, Verdingkindern, Bauernknechten, Heimarbeiterinnen und anderen an den Rand Gedrängten. (Vgl. dazu Annetta Bundi / Andi Jacomet: „Das gibt es in der Schweiz.“ Sozialreportagen der ‚Nation‘ 1939-1952, online auf <http://www.jacomet.ch/download/nation.pdf>; Peter Hirsch: Er nannte sich Peter Surava, Stäfa 1991)

Die Wende zum „Arbeitsfrieden“ brachte nicht nur für die Gewerkschaften, sondern auch für die SPs eine „rasanten Rechtsentwicklung der SPS“ mit sich, wie Peter Huber konstatiert. (Peter Huber: Kommunisten und Sozialdemokraten 1918-1935. Der Streit um die Einheitsfront in der Zürcher und Basler Arbeiterschaft. Dissertation Universität Zürich 1986, S. 378)

Es muss festgehalten werden, dass namhafte Stimmen in der SPS das Vorgehen des „Roten Zürich“ und seines Polizeichefs Wiesendanger gegen die Heizungsmonteur kritisierten. So sagte Rudolf Grimm an einer Vorstandssitzung der SPS am 18. Juni 1932 in Bern: „Wir können auf die Dauer nicht den Standpunkt einnehmen, man könne den Lohnabbau ja doch nicht verhindern.“ Und: „Auf die Dauer geht es nicht, alles durch Verhandlungen erledigen zu wollen. Sonst entgleiten uns die Massen, und die Kommunisten haben ein leichtes Spiel.“ (zitiert nach Wandeler, S.143)

Am 18. Juli, an einer weiteren Sitzung des Vorstands der SPS, versuchte der Zürcher Stadtpräsident Ernst Klöti den tödlichen Polizeieinsatz durch Diffamierung der Demonstranten und als „Notwehr“ zu rechtfertigen: „Die Polizei begann zu schießen. Sie war aber in Notwehr gegenüber einer Menge, in der sich viel Janhagel, Grossstadtgesindel befand.“ (zitiert nach Wandeler, S.145)

Léon Nicole kritisierte seine Zürcher Genossen scharf, indem er sagte, „man müsse energisch dagegen Stellung nehmen, dass auf Arbeiter geschossen und Maschinengewehre angefordert werden“. Schuld sei auch „die Gewerkschaft, die nie versucht habe, den Streik im Sinn der

Monteure beizulegen, sondern nur darauf ausgegangen sei, das Unrecht der Streikenden zu beweisen“. (Wandeler, S.147)

Es ist nicht aus der Welt zu schaffen, dass die „Zürcher Blutnacht“ belegt, wie nicht nur bürgerlich dominiertes Militär, sondern auch sozialdemokratisch dominierte Polizei des Roten Zürich auf Arbeiter schoss, obwohl diese, wie auch die Aktivisten des Landesstreiks und die Genfer Antifaschisten, für sehr berechtigte Anliegen kämpften.

Auguste Forel und Paul Pflüger als linke Exponenten der schweizerischen „Eugenik“

„Eugenik“ ist ein Begriff, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufkam. Er ist bis 1945 praktisch synonym mit dem Begriff „Rassenhygiene“. Beide Begriffe sind die Kurzformel für eine Bevölkerungspolitik, welche angeblich „erblich höherwertige“ Einzelpersonen und Gruppen von der übermässigen Vermehrung angeblich „erblich minderwertiger“ Einzelpersonen und Gruppen bedroht sieht und darauf abzielt, die „erblich Minderwertigen“ auszumerzen oder zumindest ihre Zahl zu reduzieren, die Geburtenrate der „erblich Höherwertigen“ aber zu steigern.

Nach 1945 wurde der Begriff „Rassenhygiene“ angesichts der Massenzwangssterilisationen und Massenmorde im Nazireich kaum mehr verwendet, die „Eugenik“ wurde in der Schweiz (und auch in anderen Ländern) jedoch weiter propagiert und praktiziert.

Der Begriff „Euthanasie“ zielt auf die schmerzlose Tötung von Menschen ab, deren Leben von Anfang an oder ab einem gewissen Alter „lebensunwert“ sei. Erstaunlicherweise hat dieser Begriff, unter welchem die Nazis rund 400'000 als „unwertes Leben“ eingestufte Kranke und Behinderte ermordeten, heute noch seine Propagandisten.

Die Debatte um die Frage, wo „lebenswertes“ Leben anfängt, ob es ausgrenzend definiert werden soll und ob es wirklich schon vor dem Tod „lebensunwert“ werden kann und somit der „Euthanasie“ bedürfe, ist keineswegs eine rein historische. Auch heute stehen, etwa auf dem Gebiet der pränatalen Diagnostik und der so genannten „Sterbehilfe“ Fragen im Raum, die ein sorgfältiges, ethisch fundiertes Durchdenken der Problemlagen erfordern. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Erster Vertreter von „Eugenik“ respektive „Rassenhygiene“ war Francis Galton, ein Vetter von Charles Darwin. Er leitete aus der Kurzformel der Evolutionstheorie – „survival of the fittest“ – die Forderung ab, als „unfit“ Eingestufte von der Vermehrung auszuschliessen, damit die als „fit“ Eingestuften die Evolution weiter vorantreiben könnten, statt einer „Degeneration“ anheimzufallen. Wie sein Vetter Darwin stufte Galton die Weissen höher ein als Menschen anderer Hautfarben. Er betrachtete aber auch körperlich und geistig behinderte Weisse als „erblich minderwertig“ und befürchtete, eine steigende Anzahl solcher Mitmenschen würde die angebliche Überlegenheit der Weissen gefährden.

Es waren zuerst einige Staaten in den USA, in welchen Programme der Zwangssterilisation insbesondere an Insassen von Erziehungsheimen, Strafanstalten, psychiatrischen Kliniken, und zwar bevorzugt an Nichtweissen, durchgeführt wurden; in manchen Staaten, wie etwa in North Carolina, wurden solche Programme bis in die 1960er Jahre durchgeführt.

Schweizerische Psychiater und Ärzte vertraten und praktizierten diese Theorien als erste in Kontinentaleuropa. „Rassenhygienisch“ respektive „eugenisch“ begründete Zwangssterilisationen, Zwangsabtreibungen, Zwangskastrationen und Eheverbote gab es in der Schweiz seit 1886 und bis in die 1970er Jahre. Die Zahl der Betroffenen liegt in der ganzen Schweiz schätzungsweise zwischen 15'000 bis 20'000. Dies obwohl es dafür keine gesetzliche Grundlage gab ausser im Kanton Waadt; die Eingriffe wären eigentlich als Körperverletzung zu ahnden gewesen, doch sorgten Absprachen mit der Justiz für Straffreiheit der psychiatrischen Gutachter sowie der ausführenden Chirurgen und Gynäkologen.

Der erste und einflussreichste Propagandist der „Eugenik“ in der Schweiz war der Waadtländer Ameisenforscher und Psychiater Auguste-Henri Forel (1848-1931). Forel war von 1879 bis 1898 Universitätsprofessor für Psychiatrie und Leiter der psychiatrischen Klinik Burghölzli in Zürich. An dortigen Patientinnen und Patienten wurden bereits in den 1890er Jahren die ersten „eugenisch“ begründeten Zwangssterilisationen und Zwangskastrationen in Europa durchgeführt. Wirkung entfaltete Forel vor auch durch seine Bücher, vor allem durch sein Hauptwerk „Die sexuelle Frage“, erschienen 1905 in München. Neben seinem Rassismus, der sich wie bei Galton und Darwin vor allem gegen Nichtweisse richtete, propagierte Forel auch den Pazifismus, die Universal-Kunstsprache Esperanto, die Alkoholabstinenz, die sexuelle Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie die Bekämpfung der Prostitution. 1916 trat er der SPS bei, 1920 wurde er Anhänger der Bahai-Religion. Zu seinen Schülern zählten die „Rassenhygieniker“ August Ploetz und Ernst Rüdin; letzterer, aus St. Gallen stammend, wurde einer der führenden Psychiater in Nazideutschland; die Schweiz bürgerte ihn 1945 aus.

Ich lasse einige Zitate aus Werken Forels folgen, die seinen Rassismus belegen, der in manchen Darstellungen immer noch ausgeblendet wird.

In seiner posthum erschienenen Autobiografie „Rückblick auf mein Leben“, erschienen 1935 in Zürich im Europa-Verlag von Emil Oprecht, umschrieb Forel einige seiner Hauptanliegen: „Ich wurde zu einem eifrigen Apostel des Frauenstimmrechts, der Frauenrechte überhaupt. Ferner die Frage der internationalen Sprache oder besser Welthilfssprache, die den internationalen Frieden und das gegenseitige Verständnis ungemein fördern wird. Ich hatte angefangen, Volapük zu studieren und ging später zum Esperanto über. Endlich die menschlichen Rassenfragen. Welche Rassen sind für die Weiterentwicklung der Menschheit brauchbar, welche nicht? Und wenn die niedrigsten Rassen unbrauchbar sind, wie soll man sie allmählich ausmerzen?“ (S.157 f.)

Im selben Buch schrieb Forel: „Die soziale Hygiene erfordert eine totale Umwälzung unserer Anschauungen, um das Übel an der Wurzel zu fassen, vor allem eine rationelle menschliche Zuchtwahl.“ (S.156)

Und weiter: „Die Vererbung ist eine Tatsache, und wir können sie, allerdings nur sehr langsam, im Laufe der Generationen in andere Bahnen lenken, sowohl mittels einer heilsamen Individual- und Rassenhygiene, wie einer guten Zuchtwahl unter den auf die Allgemeinheit eingestellten wahren Menschenwerten, einer Auswahl, die im Gegensatz steht zu unserer gegenwärtigen Fehlzucht.“ (S.291)

In seinem Hauptwerk „Die sexuelle Frage“ (München 1905) schrieb Forel:

„Wir bezwecken keineswegs eine neue menschliche Rasse, einen Übermenschen, zu schaffen, sondern nur den defekten Untermenschen allmählich durch die Entfernung der Ursachen der Blastophorie [Keimverderbnis] und durch willkürliche Sterilität der Träger schlechter Keime zu beseitigen, und dafür bessere, sozialere, gesündere und glücklichere Menschen zu einer immer grösseren Vermehrung zu veranlassen.“ (S.522)

„Wie sehr hat sich nicht die Qualität der Hunde gehoben, seitdem man sich bemüht, gute Rassen zu züchten und die schlechten zu beseitigen! Sehen wir nicht auch gewisse Familien und selbst grössere Menschengruppen, die durch die Milde ihres Charakters, ihre Arbeitsamkeit, ihre Intelligenz, ihr ideales Streben sich auszeichnen, weil viele Generationen, Jahrhunderte hindurch, diese Eigenschaften beibehielten, indem sie durch richtige Wahl in der Ehe ihren Familien- oder Rassentypus rein hielten? Sehen wir nicht umgekehrt Schurkerei, Faulheit, Falschheit und Niedertracht sich in anderen Familien und Völkerschaften ebenso hartnäckig erblich fortpflanzen? Wer hierfür einen scharfen und zuverlässigen Beleg will, den verweise ich auf die jetzt im Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie (Berlin S.W.12, 1905) erscheinende Arbeit von Dr. Jörger über die ‚Die Familie Zero‘.“ (S.522 f.)

Der Verweis Forels auf die Arbeit seines Bündner Psychiaterkollegen Josef Jörger stellt die von Jörger „erbbiologisch“ untersuchten Jenischen als Beispiel einer angeblich „erblich

minderwertigen“ Menschengruppe hin. Diese negative psychiatrisch-biologische Abqualifizierung einer ganzen Volksgruppe hatte zur Folge, dass inskünftig nicht nur deren fahrende Kultur und Lebensweise verfolgt wurde, sondern dass die Jenischen als Gesamtgruppe einer „rassenhygienisch“ motivierten Verfolgung unterzogen wurden. Diese betrieb in der Schweiz von 1926 bis 1973 hauptsächlich das angebliche „Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse“ der Stiftung Pro Juventute, das rund 600 jenische Kinder gewaltsam aus ihren Familien und aus ihrer Herkunftskultur herausriss, in Deutschland war es der Nazistaat.

(Siehe Thomas Huonker: Fahrendes Volk – verfolgt und verfemt. Jenische Lebensläufe. Zürich 1987, 2. Auflage 1990 online auf http://thata.ch/wordpress/?attachment_id=276 ; Sara Galle / Thomas Meier: Von Menschen und Akten. Die Aktion „Kinder der Landstrasse“ der Pro Juventute. Zürich 2009)

Unter den Anhängern der von Forel geprägten „Eugenik“ in der Schweiz fanden sich auch weitere Sozialdemokraten. Einer davon ist der reformierte Pfarrer Paul Pflüger (1865-1947), Zürcher Stadtrat von 1910 bis 1922 und Nationalrat der SP von 1911 bis 1917. Vorher war er Pfarrer an der Kirche St. Jakob in Zürich. Mit seinen Konfirmanden gründete er 1900 den Jungburschenverein Aussersihl, dessen Mitglieder zehn Jahre später den linken Flügel der Zürcher SP bildeten, wogegen Paul Pflüger zunehmend nach rechts tendierte. Nach einer psychischen Krise trat er 1922 von seinen Ämtern zurück. Er publizierte zahlreiche Broschüren und war 1907 Gründer des Schweizerischen Sozialarchivs. Pflüger war ein Propagandist der „Eugenik“ als „Rassenreinigung“: „Die Förderung der Rassenentwicklung und Rassenreinigung bezeichnet Francis Galton als einen Faktor der Religion“, schrieb Pflüger und zitierte anschliessend zustimmend Francis Galton: „Eugenik (=Rassenhygiene) ist ein männlicher Glaube, voll von Hoffnung, der sich an viele der edelsten Gefühle unserer Natur wendet.“ (Paul Pflüger: Moderner Glaube, o.J., S. 571 f.) In seinem Schlusswort zum ersten schweizweiten Instruktionkurs für Armenpfleger am 11. Oktober 1917 meinte Pflüger, dass „die Zahl der sozial minderwertigen Menschen keineswegs im Abnehmen, als vielmehr im Zunehmen begriffen zu sein scheint.“ Und er zog daraus den Schluss: „Die wichtigste Aufgabe liegt darin, die Erzeugung sozial, geistig und moralisch minderwertiger Menschen zu verhüten.“ (Beide Zitate aus Paul Pflüger: Die Zusammenhänge des Armenwesens und der Armenpflege mit Sozialgesetzgebung und Sozialpolitik. In: Erster Instruktionkurs für Armenpfleger, veranstaltet von der Armen- und Anstaltenkommission der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft und der Schweizerischen Armenpfleger-Konferenz in Zürich vom 8.-11. Oktober 1917. Zürich 1918, S. 127-134).

Das waren die Auffassungen, welche auch seine Nachfolger im Gesundheitsdepartement sowie den Gesamtstadtrat von Zürich in der Zwischenkriegszeit, während des 2. Weltkriegs und auch in der Nachkriegszeit bis zu Beginn der 1970er Jahre dazu bewogen, Menschen, die sie im Einklang mit psychiatrischen Gutachten aus dem Burghölzli, aus der Epilepsie-Klinik oder seitens anderer Psychiater für „erblich belastet“ hielten, unter ein Eheverbot zu stellen, sofern sie sich nicht sterilisieren liessen. Zudem galt in Zürich bis 1972 das Konkubinatsverbot. Meistens willigten die Betroffenen dann in die Operation ein. Somit kamen diese Sterilisationen, obwohl formell „freiwillig“, doch unter einem starken Zwang zustande. Die Abläufe dieser Verfahren wurden unter voller Namensnennung im Stadtratsprotokoll publiziert.

Hier eines von vielen Beispielen. Am 18. Juli 1931 klagte der Stadtrat des Roten Zürich beim Bezirksgericht auf Untersagung des Eheschlusses zwischen Hermann Emil L., geboren 1901, und Marie Sophie F., geboren 1897. Denn der Bräutigam sei, was ein Gutachten der psychiatrischen Klinik Friedmatt in Basel bewiesen habe, „ausgesprochen geisteskrank“; sein „vollständiges Versagen im Leben“ sei ferner auch durch „zahlreiche Akten“ der Vormundschaftsbehörde Zürich belegt. Am 17. Oktober 1931 schrieb dann der Stadtrat ans Bezirksgericht, „dass der Beklagte laut Zeugnis von Privatdozent Dr. A. Wydler vom 6.

Oktober 1931 die Operation der doppelseitigen Ligatur der Samenstränge durchführen liess. Nachdem dadurch eine Nachkommenschaft verhindert wird, das eugenetische Motiv der Eheinsprache somit nicht mehr in Betracht fällt, ziehen wir die Klage zurück“.

(Zu weiteren Fällen „eugenisch“ begründeter Zwangsmassnahmen im Fürsorgewesen der Stadt Zürich und auch in anderen Regionen der Schweiz siehe Thomas Huonker: Diagnose ‚moralisch defekt‘. Kastration, Sterilisation und Rassenhygiene im Dienst der Schweizer Sozialpolitik und Psychiatrie 1890-1970, Zürich 2003, online auf

<http://www.thata.net/thomashuonkerdiagnosemoralischdefektzuerich2003opt.pdf> , S.25-158.)

Bilanz und Ausblick

Die schweizerische Sozialdemokratie hat in ihren politischen Grundlinien eine bemerkenswerte Konstanz halten können, die sie vor dem Abgleiten in nationalistische, faschistische, stalinistische, neoliberale und andere antidemokratische Richtungen weitgehend bewahrte und die sie im Rückblick an vielen – aber keineswegs an allen – politischen Knack- und Wendepunkten als Vertreterin partizipativer und demokratischer Neuerungen sowie als Anwältin eines moderaten sozialen Ausgleichs zwischen Gut- und Schlechtverdienenden auftreten liess und lässt. Dies schliesst keineswegs aus, dass viele ihrer Exponenten und Exponentinnen, einmal in Machtpositionen gelangt, diese unter voller Ausnutzung der damit verbundenen Privilegien und Einkommensquellen auch durchaus eigennützig in Anspruch nahmen. Die Ausnahmen, welche dies weniger taten oder zumindest theoretisch ihre vor dem Erreichen der Machtpositionen vertretenen Positionen als in oberen gesellschaftlichen Rängen Arrivierte zumindest teilweise weiterhin vertraten – etwa Robert Grimm, Léon Nicole, Walther Bringolf, Ursula Koch, Ruth Dreifuss und Jean Ziegler – bestätigen diese Regel. Unbestreitbar ist, dass zahlreiche Vertreter der künstlerisch-intellektuellen Avantgarde der Schweiz in einer gewissen Nähe, aber zugleich meist auch in einer kritischen Distanz zur Sozialdemokratie standen, was für beide Seiten spricht. Beispiele dafür sind Max Frisch, Peter Bichsel oder Adolf Muschg.

Allerdings gab und gibt es auch eine Konstanz kleinbürgerlich-konservativer Ablehnung und Ausgrenzung kritischer Intellektueller, avantgardistischer Künstler und neuer Ideen in breiten sozialdemokratischen Kreisen. So zeigte der rechte Flügel der Sozialdemokratie zunächst massive Abgrenzungshaltungen gegenüber den Nonkonformisten der 1960er Jahre, der 1968er-Bewegung und ihrer neuen kulturellen Tendenzen, des neuen Feminismus der 1970er Jahre, den ersten Pionieren des Umweltschutzes, der Jugendproteste der 1980er Jahre und der nachfolgenden Jugendtrends (Techno usw.)

Nicht ausgeblendet werden dürfen auch zwei weitere Aspekte von sozialdemokratischen Ambivalenzen. Dass die verhasste linke Abspaltung, die Kommunisten, von 1917 bis 1989, grosse Teile der Erdkugel einem Regime unterzogen, das – bei allen problematischen und mörderischen Aspekten einer staatlichen, oft sogar persönlichen Diktatur – jedenfalls nicht den privatkapitalistischen und aktionärsrechtlichen Usanzen des so genannten „freien Marktes“ folgte, erleichterte es den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie der kapitalistisch gebliebenen Länder des Westens sehr, sozialpolitische Postulate durchzubringen, die auf eine gewisse Besserstellung und damit auch eine politische Integration der Arbeiter- und Angestelltenschaft abzielten. Das gilt auch für die Schweiz, obwohl hier manche sozialpolitische Forderung viel länger abgeblockt wurde als im übrigen Mittel- und Westeuropa. Dass insbesondere im antikommunistischen Klima der 1950er und frühen 1960er Jahre dieser Umstand sorgsam ausgeblendet wurde, macht ihn nicht ungeschehen. Dies wurde ab 1989 deutlich, als die neoliberale Lehre, nach welchen auch der Staat, das Gesundheits- und das Bildungswesen, ja sogar die Kunst gemäss den Logiken und Terminologien der geschäftstüchtigen Agenten des „freien Marktes“ zu betreiben seien, ihre Blütezeit hatte, und dies durchaus auch in einigen sozialdemokratischen Parteien, etwa der SPD ("Agenda 2010") oder der Labour Party im Zeichen von „New Labour“. Erst die

Finanzkrise von 2008 hat einige vom Glamour der grossen Managerparties geblendete Augen wieder zum Blick darauf gebracht, was schon die erste Phase eines unregulierten Marktliberalismus im 19. Jahrhundert zeigte, dass nämlich dieser profitorientierte Mechanismus die Armen arm belässt, die Reichen sehr viel reicher macht und breite Bereiche der Gesellschaft durch Abwertung aller anderen Werte ausser dem Geldwert korrumpiert. Und dass solche Entwicklungen irgendwann, dann aber dringlich, nach den Alternativen eines Ausgleichs oder aber eines Umsturzes rufen.

Ein anderer ambivalenter Aspekt der Geschichte der SPS ist ihr Verhältnis zu den auch in der Schweiz oft gescholtenen „Ausländern“. Es sollte nie vergessen werden, dass jeder „Inländer“ im „Ausland“ ein „Ausländer“ ist. Und keinesfalls können die wichtigen Beiträge negiert werden, die einstige „Ausländer“ wie Herman Greulich und viele andere für die SPS leisteten. Ebenso ist aber wahr, dass ein starker Flügel der SPS und der Gewerkschaften immer wieder anfällig für negative Ressentiments gegenüber „den Ausländern“ war. Das gilt auch und noch mehr für andere Parteien, aber es gilt eben auch für die SPS. Leider sind und waren es gerade auch Teile der Arbeiterschaft, welche ausländerfeindlichen Parolen und Sündenbockkampagnen auf den Leim gingen und gehen. Allerdings war und ist es vielerorts und in vielen Gremien gerade die SPS, welche sich, ganz im Sinn ihrer internationalistischen Programmatik, für Anliegen wie das Ausländerstimmrecht, die Abschaffung des apartheidartigen Saisonier-Statuts, die Bekämpfung der Apartheid und des Rassismus, den (ungemein verspäteten) Beitritt der Schweiz zur UNO, die Legalisierung der Sans-Papiers und andere Punkte einer nicht diskriminatorischen „Ausländerpolitik“ mehr oder weniger erfolgreich einsetzte und einsetzt. Diese Linie ist zukunftsweisend.

(15. Juli 2012; 38'874 Zeichen)